

Bürgerbrief zur inneren Sicherheit

Radebeul, im September 2017

Liebe Radebeulerinnen und Radebeuler,

Anfang Juni 2017 hatte die Wohnungsgenossenschaft Lößnitz zu einer Diskussion mit unserem Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière, OB Bert Wendsche, dem Meißner Polizeichef und Stadtrat Dr. Jens Baumann eingeladen. Es ging um die Verhinderung von Wohnungseinbrüchen, um die unzureichende Strafverfolgung wegen LAUCHS-Schmierereien und ganz allgemein um die Verbesserung der inneren Sicherheit in unserer Stadt. Näheres sowie einen Link zu einem Live-Mitschnitt finden Sie auf der Internetseite der Radebeuler CDU unter <http://www.pro-radebeul.de/>.

Wir von der Radebeuler CDU haben intensiv zugehört und im Anschluss überlegt, was wir konkret unternehmen können. Über die Ergebnisse möchten wir Ihnen jetzt berichten:

Forderung nach mehr Polizeipräsenz in Radebeul

Wir haben an den Sächsischen Innenminister Markus Ulbig geschrieben und eine stärkere Polizeipräsenz in unserer Stadt gefordert.

Der Landespolizeipräsident versicherte uns im Auftrag von Minister Ulbig, dass die sächsische Polizei alles in ihrer Kraft stehende unternimmt, um die Sicherheit im Bereich Radebeul/Coswig zu gewährleisten sowie um Straftaten zu verfolgen und aufzuklären. Im Oktober 2017 wird es in Radebeul im Rahmen der bundesweiten Aktionswoche „Kampagne gegen Wohnungseinbruch“ eine Informationsveranstaltung geben. Auch ein Infomobil wird in unserer Stadt Station machen. Der Polizeipräsident empfiehlt weiter, das Angebot der polizeilichen Beratungsstellen stärker zu nutzen. Die Fachberater der Polizei können dabei auf mögliche Schwachstellen und Einbruchsriskiken hinweisen und erarbeiten konkrete Sicherungsvorschläge. Übrigens bleiben 40 % der Wohnungseinbrüche im Versuchsstadium stecken!

Forderung nach konsequenter Strafverfolgung von Graffiti wie LAUCHS

Wir haben an den Sächsischen Justizminister Sebastian Gemkow geschrieben und eine konsequente Strafverfolgung von Graffiti verlangt. In der Veranstaltung Anfang Juni berichteten Teilnehmer empört, dass der mutmaßliche Täter zwar wegen Schmierereien in Bamberg/Bayern verurteilt wurde, in Sachsen die Verfahren aber eingestellt worden seien.

Minister Gemkow teilte uns mit, dass Sachbeschädigungen durch Graffiti - soweit die Tat nachweisbar ist - regelmäßig zu Strafbefehlanträgen oder Anklageerhebungen durch die Staatsanwaltschaft führen. Im Fall der LAUCHS-Schmierereien wurde das bereits eingestellte Ermittlungsverfahren hinsichtlich eines Teils wieder aufgenommen und dauert an. Wir sind überzeugt, dass unser Brief mit dazu beiträgt, dass auch in Sachsen eine Null-Toleranz-Politik in diesem Bereich durchgesetzt wird. Schmierfinken dürfen keine Chance haben, unser Stadtbild zu verschandeln.

CDU-Stadtratsantrag: Forderung für ein Sicherheitspakt für Stadt und Freistaat

Am 23. August 2017 hat die CDU im Radebeuler Stadtrat einen Antrag eingebacht, in dem wir ein Sicherheitspaket von Stadt und Freistaat einfordern. Damit wollen wir unseren Forderungen aus den beiden Ministerbriefen Nachdruck verleihen und um örtliche Maßnahmen ergänzen. Wir wollen durch einen Stadtratsbeschluss

1. die Wiedereinrichtung eines eigenständigen Polizeireviers Radebeul/Coswig/Moritzburg und damit am Bevölkerungsschwerpunkt im Landkreis Meißen einfordern;
2. eine Null-Toleranz-Politik bei Schmierereien wie LAUCHS in der sächsischen Justiz anmahnen; z. B. durch Klagen auf Schadensersatz der Stadt als Geschädigter gegen mutmaßliche Sprayer;
3. die Straßenbeleuchtung künftig wieder während der gesamten Nacht in Gänze brennen lassen;
4. eine regelmäßige Veröffentlichung und Interpretation (Vergleiche) der Kriminalitätsentwicklung in Stadt und Region im Amtsblatt analog zum Bericht der Arbeitsagentur.

Den genauen Wortlaut des Antrages finden Sie auf der Internetseite der CDU-Stadtratsfraktion unter <http://www.cdu-fraktion-radebeul.de/>. Dieser Antrag wird in den nächsten Wochen im Radebeuler Stadtrat beraten. Für Ihre Unterstützung und für weitere Anregungen sind wir dankbar.

Strafverschärfung für Wohnungseinbrecher: 1 bis 10 Jahre Gefängnis

Die CDU hat im Bundestag eine schärfere Bestrafung für Wohnungseinbrecher durchgesetzt. Einbrüche in Wohnungen sind ein Verbrechen. Die Mindeststrafe beträgt künftig ein Jahr, die Höchststrafe zehn Jahre Haft. Auch zur Aufklärung von Einbrüchen darf die Vorratsdatenspeicherung genutzt werden. Nummer und Standort eines Handys können künftig über eine Funkzellenabfrage ausgewertet werden. So können deutlich mehr Einbrüche aufgeklärt, Täter leichter gefasst und Wiederholungs- bzw. Serienstraftaten verhindert werden.

Liebe Radebeulerinnen und Radebeuler, wir nehmen Ihre Sorgen zur inneren Sicherheit ernst. Wir bekennen auch offen, dass der Personalabbau bei der sächsischen Polizei in den letzten Jahren ein Fehler war, den die CDU mit zu verantworten hat. Aber die Sachsen-CDU hat reagiert. Inzwischen sind 1.000 zusätzliche Polizeistellen geschaffen, die leider erst nach und nach besetzt werden können.

Mit Thomas de Maizière haben wir seit Jahren einen Bundestagsabgeordneten, der wie kaum ein anderer für die innere Sicherheit kämpft und als Bundesinnenminister dafür Verantwortung trägt. Helfen Sie bei der Bundestagswahl am 24. September mit Ihren beiden Stimmen für die CDU mit, dass Deutschland auch weiterhin in schwieriger Zeit verlässlich und solide regiert wird.

Ihr



Werner Glowka
CDU-Vorsitzender



Dr. Ulrich Reusch
CDU-Fraktionsvorsitzender